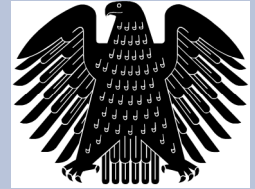




Die Woche im Bundestag



Termine dieser Sitzungswoche

Montag: Ausschuss für Bildung und Forschung - Öffentliches Fachgespräch zur besseren Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Berufsqualifikationen

Montag: Gespräch mit dem Botschafter Perus

Dienstag: Arbeitsgruppe für Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dienstag: Fraktionssitzung

Dienstag: Informationsgespräch zum internationalen Forschungsprojekt „ITER“ und zur Hightech-Strategie

Mittwoch: Ausschuss für Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mittwoch: Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2011 (Einzelplan 30 Bildung und Forschung) mit Ministerin Schavan

Donnerstag: Treffen der Gruppe der Frauen

Donnerstag: Plenum - Rede zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele

Donnerstag: Runder Tisch Entwicklungspolitik zu Nord-Korea

Freitag: Gebetsfrühstück

Freitag: Plenum - Regierungserklärung von Bundesaußenminister Westerwelle

Freitag: Gespräch mit Dr. Mertenskoetter zum Einsatz von Mikrobiziden zur Aids-Prävention

Abonnieren Sie den Newsletter von Anette Hübinger und schreiben Sie an: anette.huebinger@bundestag.de.

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vom 05.07. bis 09.07.2010

Anette Hübinger zu Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern

Die Weltgemeinschaft hat sich 8 Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 als Aufgabe gestellt, über deren Umsetzung und Erreichung wir heute debattieren wollen. Anlass ist der Überprüfungsgipfel Mitte September in New York. Eines dieser Ziele ist die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

2,2 Milliarden Menschen auf der Welt sind heute jünger als 18 Jahre. Davon leben 1,9 Milliarden in Entwicklungsländern. Das heißt: Der Großteil an Kindern und Jugendlichen wächst in Ländern auf, wo das Recht auf Bildung nicht gewährleistet ist.

Bildung ist, da sind wir uns einig, der Schlüssel zur Bekämpfung der Armut. Bildung ist der beste soziale Impfstoff gegen HIV/Aids und Hunger. Bildung ist

ausschlaggebend für eine Teilhabe der Menschen an gesellschaftlichen Prozessen, für Demokratisierung, für mehr Verteilungsgerech-



tigkeit und nicht zuletzt für Innovation und wirtschaftliches Wachstum. Ohne Bildung hat ein Land keine Zukunftschancen.

Deshalb hat die christlich-liberale Koalition Bildung als Schwerpunkt in ihre Entwicklungszusammenarbeit aufgenommen und die Mittel im diesjährigen Fachhaushalt mit 200 Millionen Euro fast verdoppelt. Dies zeigt deutlich, dass wir den

Bildungsbereich in der Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahren weiter quantitativ aber vor allem auch qualitativ voranbringen wollen.

Good Governance ist der Schlüssel zur Erreichung der Ziele. Ungleichheiten, die auf Armut, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht oder anderer Faktoren von Benachteiligung beruhen müssen von den Regierungen in unseren Partnerländern abgebaut werden.

Die nationalen Ausgaben der Partnerländer für Bildung müssen erhöht werden. In diesem Zusammenhang ist die politische Bildungsarbeit unserer Stiftungen vor Ort in den Bereichen Good Governance, Demokratiebildung und Stärkung der Zivilgesellschaften von zentraler Bedeutung und wir werden sie deshalb in ihrer Arbeit tatkräftig weiter unterstützen.

Ausbildung folgt dem Arbeitsmarkt

Bis Juni 2010 wurden der Ausbildungsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit 404.200 Ausbildungsstellen gemeldet. Dies sind 11.000 mehr als im Vorjahr. Besonders erfreulich ist, dass die Zunahme aus mehr betrieblichen Ausbildungsstellen resultiert. Des Weiteren haben bereits jetzt mehr Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag in der Tasche als zu gleichen Zeit im vergangenen Jahr. In Zahlen bedeutet dies, dass jetzt schon ca. 173.000 Ausbildungsplätze neu besetzt sind. Das ist gegenüber 2009 eine Zunahme von 1,8 Prozent.

Ich appelliere an die Unternehmen, sich frühzeitig um geeignete Bewerber zu kümmern. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Zahl der Schulabgänger in den nächsten Jahren stark zurückgehen. Mit Betriebspraktika, Einstiegsqualifizierungen und den ausbildungsbegleitenden Hilfen stehen attraktive Instrumente bereit, die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger und die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu steigern.

Für ein gerechtes, soziales, stabiles, wettbewerbliches und transparentes Gesundheitssystem

Wir haben ein Gesundheitssystem, um das uns die Welt beneidet: hohe Qualität bei gleichzeitig durchschnittlichen Ausgaben im internationalen Vergleich. Dies wollen wir auch für zukünftige Generationen erhalten. Allerdings steht unser System vor den Herausforderungen, die aus dem demografischen Wandel und dem medizinisch- technologischen Fortschritt folgen. So wachsen seit vielen Jahren die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung schneller als die beitragspflichtigen Einnahmen. Die Menschen sollen auch in Zukunft im Krankheitsfall eine sehr gute medizinische Versorgung erhalten. Dazu werden wir strukturelle Reformen im System durchführen. Die Leistungserbringer und die Krankenkassen müssen ihren Teil zur Konsolidierung beitragen. Ausgabensteigerungen werden wir dort begrenzen, wo das verantwortbar ist, ohne dass dies zu Leistungseinschränkungen oder Qualitätsverlusten führt. Im Bereich der Arzneimittel haben wir bereits kurzfristig wirksame Einsparungen beschlossen und setzen die langfristige strukturelle Neuordnung um. Insgesamt erreichen wir im Jahr 2011 3,5 Mrd. und im Jahr 2012 4 Mrd. € Einsparungen.

Vor dem Hintergrund der größten Wirtschafts- und Finanzkrise, die unser Land zu meistern hatte, wurde vorübergehend der Beitragssatz der Krankenkassen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Hilfe von Steuermitteln abgesenkt. Dies ist nun nicht weiter erforderlich. Der paritätisch finanzierte Beitragssatz wird daher wieder 14,6 %, wie vor der Senkung durch das Konjunkturpaket II betragen. Der nur vom Arbeitnehmer finanzierte Beitrag von 0,9 % bleibt erhalten. Der Arbeitgeberbeitrag wird auf der Höhe von 7,3 Prozent festgeschrieben. Damit werden die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten für die Zukunft entkoppelt. Unvermeidbare Ausgabensteigerungen werden durch Zusatzbeiträge der Versicherten finanziert.



Quelle/Foto: AOK-Mediendienst

Natürlich wird uns von der Opposition und von Teilen der Medien vorgehalten, wir würden die Bürger be- statt entlasten. Eine solche Betrachtungsweise ist unzulässig. Es ist nicht seriös, den Grad der Belastung allein am Beispiel einer einzigen Maßnahme abzumessen. Wenn wir die Belastung der Bürger insgesamt in den Blick nehmen – auch unter dem Stichwort „mehr Netto vom Brutto“ – so muss das auch in der Gesamtwirkung dessen, was die Koalition bereits in den letzten Monaten auf den Weg gebracht hat, geschehen. Wir haben die Bürger zum 1. Januar dieses Jahres steuerlich erheblich entlastet. Wir haben den Arbeitslosenversicherungsbeitrag schon in der großen Koalition von 6,5 auf im Moment 2,8 Prozent (!) gesenkt. Vor diesem Hintergrund erscheint uns eine Erhöhung im Gesundheitsbereich – auch mit Blick auf den medizinischen Fortschritt – vertretbar. Am Ende ist es uns gelungen, eine dauerhaft tragfähige Lösung zu finden, die das System im Grundsätzlichen auf neue Füße stellen wird.

Kurzmeldungen dieser Woche

Mehr Professorinnen an deutschen Universitäten

2009 waren 7.300 Lehrstuhlinhaberinnen an deutschen Uni tätig. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr in Deutschland ca. 39.800 Professorinnen und Professoren.

Das Statistische Bundesamt teilte auf Basis von vorläufigen Daten mit, dass damit der Professorinnenanteil aktuell bei mehr als 18 Prozent liegt.

Zwar kann uns dieser Anteil noch nicht zufriedenstellen, doch sind seit Jahren steigende Zahlen zu beobachten. So hat sich der Anteil in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt.

Haushaltentwurf 2011 - Steigende Ausgaben für Bildung und Forschung

Wir haben uns genau angeschaut, wo gespart werden kann und wo nicht. Wir sparen eben nicht in den Bereichen, in denen Sparmaßnahmen das langfristige Wachstum in Deutschland drosseln würde. Da die Qualität und die Quantität von Bildungs- und Forschungsinvestitionen das künftige Wachstumspotenzial Deutschlands bestimmen werden, verzichten wir nicht nur auf Kürzungen bei Bildung und Forschung, sondern wir werden dort mehr investieren.

Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erreicht mit den zusätzlichen Mitteln ein Rekordniveau. Er steigt gegenüber dem laufenden Jahr um 783 Millionen Euro auf 11,646 Mrd. Euro.



Quelle: www.photocase.de